

Unverkäufliche Leseprobe



Hans Maier
Böse Jahre, gute Jahre
Ein Leben 1931 ff.

420 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-64555-6

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/11431219>

24. Jahre mit Goppel, Jahre mit Strauß

*«Weißt du nicht, wo die Glocken hängen?
Weißt du nicht, wo Gott wohnt?»*

Genau acht Jahre habe ich dem Landesvater Alfons Goppel gedient – und ebenso acht Jahre dem Bayernherrscher Franz Josef Strauß. Das war keine Absicht, kein Plan; es hat sich eher zufällig so ergeben. Rückblickend staune ich freilich über meinen Sinn für Symmetrie.

Mit Alfons Goppel war ich, als er mich 1970 auf den «Schleudersitz» des Kultusministers berief, schon einige Jahre bekannt. Wir hatten uns wiederholt gesehen: in München, wo Goppel häufig auftrat, und in der Bayerischen Landesvertretung in Bonn, wo ich manchmal nach Sitzungen des Bildungsrates übernachtete. Immer war Goppel väterlich und freundlich, unkompliziert und jovial. Und natürlich dachte ich, der Entschluss, mich zu berufen, gehe auf seine persönliche Entscheidung zurück. Er hatte ja Gelegenheit gehabt, meine Arbeit im Bildungsrat und mein Auftreten bei einigen CSU-Veranstaltungen zu beobachten.

Heute weiß ich – ich habe es erst nach meiner Amtszeit erfahren –, dass es anders war. Alfons Goppel beabsichtigte zunächst, Wilhelm Ebert zu berufen, den Präsidenten des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes – einen machtbewussten Mann mit internationaler Erfahrung, der seit langem in der bayerischen Politik kräftig mitmischte (unter anderem war er 1954 einer der «Schmiede» der Viererkoalition gewesen). Eine Intervention Karl Böcks und seines Freundes Prof. Georg Maurer, Chef des Klinikums rechts der Isar, beim Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß ließ diesen Plan dann scheitern – die Einzelheiten übergehe ich hier. Gleichzeitig schlugen beide mich als Kultusminister vor. Das ging schließlich auch beim Ministerpräsidenten durch, zumal da es wenig Konkurrenz gab; denn, wie schon früher gesagt, drängten sich in der aktuellen kulturpolitischen Krise von 1970 nur wenige «Profis» zu diesem Amt. Die Minister Hans Eisenmann und Fritz Pirkl und der CSU-Generalsekretär Max Streibl hatten, wie ich hörte, bereits «händeringend» abgewehrt.

Ein Kultusminister ist fast immer angefochten, auch in friedlichen Zeiten. Die Schulen des Landes bilden eine riesige Reibungsfläche – wie

viele Väter und Mütter, wie viele Bürger und Wähler haben nicht ihre Kinder dort? Zugleich aber ist der Kultusminister eine Zentralfigur in der Politik des Landes, das ja seine Hauptzuständigkeit in der Kultur hat. So ergibt sich schon von der Sache her eine Spannung und Rivalität zwischen dem Regierungschef und demjenigen seiner Kabinettskollegen, der die umfangreichsten Zuständigkeiten hat, öffentlich gut sichtbar ist und den größten Etat verwaltet.

Ich hatte Grund zu der Vermutung, dass Ludwig Huber in seiner Doppelrolle als Fraktionschef und Kultusminister dem Ministerpräsidenten ein wenig zu groß geworden war. Der Mann trat allzu sicher auf. Über den Ministerpräsidenten – ich wusste es aus der Hochschulplanungskommission – sprach er immer mit leichter Herablassung. So versuchte Goppel jetzt, da ein «Neuer» anstand, das Nebenimperium am Salvatorplatz ein wenig zu beschneiden. Nie ist ja ein Ministerpräsident mächtiger als bei der Regierungsbildung – obwohl er natürlich auf viele regionale und innerparteiliche Gegebenheiten Rücksicht nehmen muss. Aber er kann bei dieser Gelegenheit, in Maßen, eine personelle Auswahl treffen, Kompetenzen umverteilen und besondere Akzente setzen. Später, während der Legislaturperiode, gibt sich das wieder – da wird der Ministerpräsident zum primus inter pares, und seine Bewegungsfähigkeit ist nicht viel größer als die seiner Kabinettskollegen.

Goppel hatte mir telefonisch die Berufung in Aussicht gestellt, hatte aber damit Bedingungen verbunden, die den Zuschnitt des Ressorts betrafen. Die berufliche Bildung, Sport und Jugendpflege sollten abgetrennt und dem Arbeits- und Sozialministerium zugeschlagen werden – ein beträchtlicher Teil des Gesamtbereichs. Nach Beratung mit Karl Böck lehnte ich diese Verkleinerung des Ressorts ab. Goppel gab nach und sagte mir brieflich die unveränderte Zusammensetzung des Ministeriums zu. So blieb der «Salvatorplatz» für die Dauer meiner Amtszeit unter seinem alten Namen «Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus» in seinen bisherigen Zuständigkeiten erhalten.

In zwei Legislaturperioden gehörte ich dem Kabinett Goppel III (1970–1974) und dem Kabinett Goppel IV (1974–1978) an. Mit dem Regierungschef kam ich gut zurecht. Er stand damals auf der Höhe seines Ansehens, war in ganz Bayern als «Landesvater» bekannt und geschätzt. Goppel repräsentierte das älteste Land der Bundesrepublik in der Öffentlichkeit mit Klugheit und Würde. Seine Frau Gertrud – die «Landesmutter» – unterstützte ihn dabei trefflich. Der Ministerpräsi-

dent verkörperte den bayerischen Staatsgedanken, die freistaatliche Tradition, die – wie er selbst zu sagen pflegte – «Bavarität». Zweimal stand er in seiner Amtszeit an der Spitze des Bundesrates, als Vizepräsident und als Präsident – und manche sahen in ihm sogar einen künftigen Bundespräsidenten.

Die bayerische Verfassung aus dem Jahr 1946 hatte das Amt des Ministerpräsidenten eher spärlich ausgestattet. Gewiss, der Regierungschef führte den Vorsitz im Kabinett und leitete seine Geschäfte, er bestimmte die Richtlinien der Politik und trug dafür die Verantwortung gegenüber dem Landtag. Aber auch die Minister ihrerseits führten ihre Geschäftsbereiche selbständig und unter eigener Verantwortung dem Parlament gegenüber. In den ersten Nachkriegsregierungen wurde das offenbar ganz wörtlich genommen – fast mit Neid erzählte man mir im Kultusministerium, damals hätten manche Minister auf Anfragen der Staatskanzlei nicht einmal geantwortet, sie hätten nur auf den Landtag als ihren ersten und wichtigsten Adressaten verwiesen. Die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten war damit ein bloßer «Paradedegen». Für die Koordination der Staatsgeschäfte war ausschließlich der Ministerrat zuständig – eine Versammlung von Gleichen, in der persönliche Konflikte mitunter nur mit Mühe auszuräumen waren und gemeinsames Handeln sich oft als schwierig erwies.

Alfons Goppel war wohl der erste Nachkriegs-Ministerpräsident, der das Problem der Ressort-Koordination systematisch anging, und zwar mit Hilfe zweier einfacher Maßregeln. Einmal entlastete er die Ministerratssitzungen von überflüssigen Kontroversen über Details durch vorausgehende gemeinsame Sitzungen der Ministerialdirektoren der einzelnen Häuser, in denen meist ein hohes Maß an Übereinstimmung erreicht wurde. Die Ministerratssitzungen waren demgemäß bei Goppel kürzer als bei seinen Vorgängern und Nachfolgern. Sodann baute er die damals noch bescheidene Staatskanzlei zu einem Relais für die gesamte Staatsregierung aus: Jedes Ministerium fand dort seinen Ansprechpartner. Es war ein System der gegenseitigen Information, nicht der einseitigen Weisungen; die verfassungsmäßige Eigenverantwortlichkeit der Ministerien blieb gewahrt. Aber das gemeinsame Handeln wurde erleichtert, die Schlagkraft der Staatsregierung erhöhte sich – sie konnte leichter Angriffe des politischen Gegners parieren und in den siebziger Jahren auch gegenüber dem bundespolitischen Widerpart in Bonn rascher reagieren als bisher.

Ein solches System beruhte auf Vertrauen, Vertrauen in die Verwaltung – und Verwaltungsleute haben unter Goppel in der bayerischen Politik eine führende Rolle gespielt: Ich nenne nur Fritz Baer, Rainer Kessler, Ferdinand Jaquet und Raimund Eberle. Wenn Alfons Goppel mit Verwaltungsleuten sprach, betonte er immer die Verwandtschaft, die gemeinsame Aufgabe. «Sie, Herr Kolleg'!» – diese Anrede habe ich oft bei Besprechungen von ihm gehört; sie überbrückte alle Distanz und bezog auch den jüngsten Referendar mit ein.

Goppel war Verwaltungsmann mit Leib und Seele. Aktenarbeit, Vertiefung in Details, sorgfältige Zusammenschau aufgrund geprüfter Unterlagen, das Ineinander von Politik und Rechtsförmigkeit – das alles entsprach seinem Temperament und seinen Neigungen. Am wohlsten fühlte sich der Regierungschef in der Staatskanzlei in der Prinzregentenstraße 7 – der ehemaligen Preußischen Gesandtschaft in München, die räumlich verbunden war mit der neu-klassizistischen Schack-Galerie in Nummer 9. Hier war er wirklich daheim. Man spürte es bei den Kabinettsitzungen, bei den Fachbesprechungen im Kabinettsaal, aber auch bei den Einladungen in der Adventszeit, bei denen der Regierungschef manchmal persönliche Worte sprach und geistliche Texte verlas – «wie Berthold von Regensburg», meinten Bewunderer mit Staunen und leiser Ironie. (Goppel stammte aus Reinhausen bei Regensburg.) In der CSU-Parteizentrale dagegen, in der eisenhaltigen Luft der Lazarettstraße, verstummte Goppel oft mürrisch-widerwillig und verhielt sich eher passiv.

Wenn auch die Mehrzahl der Kabinettsitzungen routinemäßig abließ und wenig Überraschungen bot, so schlugen doch manchmal die Zeitereignisse kräftig gegen die stillen Wände der Prinzregentenstraße. Das betraf in den letzten Goppel-Kabinetten weniger die Bildungspolitik, wo die Konfrontationen der sechziger und siebziger Jahre nach der Verabschiedung des Hochschulgesetzes und des Lehrerbildungsgesetzes allmählich abklängen – eher waren es neue Streitfelder: die dynamische Wirtschafts- und Energiepolitik, mit der Otto Schedl und Anton Jaumann das über Jahrzehnte agrarisch geprägte Bayern aus seinen alten Abhängigkeiten zu lösen versuchten, die neue Umweltpolitik, geprägt durch Max Streibl und später Alfred Dick – und vor allem das ehrgeizige und schwierige Unternehmen der von Bruno Merk (Innenminister 1966–1977) in die Wege geleiteten Gebietsreform. In all diesen Fällen stand Goppel tapfer zu den Ministern und ihren Vorhaben, auch

wenn sie in der Öffentlichkeit bekämpft und heftig angegriffen wurden. Auch mich unterstützte er bei meinem kulturpolitischen Gesetzes-Marathon nach Kräften – mochte er auch speziell beim Kindergartengesetz andere, konservativere Vorstellungen haben.

1972 warf die Olympiade helles Licht und tiefe Schatten auf München. Sie war in enger Absprache zwischen dem Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel – dem eigentlichen Initiator – und Alfons Goppel vorbereitet worden. Die Spiele begannen verheißungsvoll unter dem spektakulären Zeltdach Günter Behnischs im neuen, eigens für diesen Zweck erbauten Olympiastadion. Der Einzug der Mannschaften aus aller Welt bot ein überwältigendes, farbenbuntes Bild. Carl Orffs Einleitungsmusik variierte den alten englischen Sommerkanon «Summer is icumen in». Es war eine fast tänzerische Stimmung, ein Augenblick der Fröhlichkeit und Leichtigkeit. Doch dann erschütterten Schreckensmeldungen die Welt. Palästinensische Terroristen griffen die israelische Mannschaft an, nahmen elf Athleten als Geiseln, wobei zwei von ihnen sofort getötet wurden; alle anderen sowie ein deutscher Polizist und fünf Terroristen kamen bei einem gescheiterten Befreiungsversuch ums Leben. Zwar verkündete IOC-Präsident Avery Brundage nach einer halbtägigen Unterbrechung und einer Gedenkstunde im Olympiastadion den Beschluss des Internationalen Olympischen Komitees: «The games must go on» – die Spiele müssen weitergehen. Aber das «fröhliche Fest» war mit einem Mal begraben, die unbeschwerte Stimmung des Anfangs kam in den folgenden Tagen nicht mehr auf.

Im Kabinett erlebte ich das Nachspiel. Alfons Goppel berichtete, wie er vergeblich versucht hatte, in Kairo Anwar as Sadat zu erreichen, von dem man damals, zu Recht oder zu Unrecht, glaubte, er habe Einfluss auf die Palästinenser. Bruno Merk hatte sich, gleichfalls vergeblich, den Terroristen als Ersatzgeisel angeboten (ebenso wie Bundesinnenminister Hans Dietrich Genscher, der Münchner Polizeipräsident Manfred Schreiber, der NOK-Präsident Willi Daume und der Bürgermeister des Olympischen Dorfes Walther Tröger). Merk war über die abrupt einsetzende Kritik am deutschen Krisenmanagement verbittert: Hatten die Veranstalter nicht vor den Olympischen Spielen die Polizei gebeten, möglichst unsichtbar zu bleiben? Wollte man nicht bewusst jeden Anklang an den NS-Polizeistaat vermeiden? Und nun warf man der Polizei vor, sie habe nicht genügend Scharfschützen ausgebildet, habe keine Spezial-Einsatzkommandos für Anti-Terror-Einsätze trainiert. Bruno

Merk, ohnehin im Tag-und-Nacht-Einsatz erschöpft, war tief enttäuscht darüber, dass sich auch Franz Josef Strauß der Kritik angeschlossen – «der ewige Besserwisser!» grollte er.

Im Allgemeinen hielten die Goppel-Kabinette der Zeit von 1970–1978 nach innen und außen gut zusammen. Sie waren relativ homogen. Jeder Minister verfügte – nach Goppels Formulierung – über sein eigenes «politisches Bankkonto». Der Älteste im Kabinett (bis 1974) war der Justizminister Philipp Held, Sohn des langjährigen bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held, die Jüngsten waren Max Streibl und ich. Anton Jaumann war 1970 Wirtschaftsminister geworden. Den Zugang zu dem strategisch wichtigeren Finanzministerium hatten Strauß und Huber ihm gemeinsam verwehrt. Zu Politikern mit «Dauerpräsenz» im Kabinett rückten im Lauf der Jahre auf: Hans Eisenmann (Landwirtschaft), Fritz Pirkl (Arbeit und Sozialordnung), Franz Heubl (Bundesangelegenheiten), Karl Hillermeier (später Innen-, dann Justizminister) – und eine starke Stellung hatte von Anfang an der energische, charakterfeste Schwabe Bruno Merk, in dem manche einen möglichen Nachfolger Goppels sahen. Mit Mathilde Berghofer-Weichner kam 1974 zum ersten Mal in der Geschichte Bayerns eine Frau ins Kabinett: bis 1986 als Staatssekretärin im Kultusministerium, danach als Justizministerin.

Die Statik der Ministerrunde veränderte sich, als Ludwig Huber im Februar 1972 – nach 15 Monaten «Karenzzeit» – als Finanzminister ins bayerische Kabinett zurückkehrte, nachdem Otto Schedl, Finanzminister seit 1970, sich mit 59 Jahren aufs Altenteil zurückgezogen hatte. Das löste bereits ein kleines Beben aus. Ein großes Beben entstand, als Huber im Kabinett Goppel IV, nach 1974, plötzlich als «Sparkommissar» auftrat und seinen Kabinettskollegen enge Daumenschrauben anlegte, obwohl sich die Finanzlage nicht dramatisch geändert hatte. Rigorose Abstriche reduzierten den finanziellen Spielraum der Ministerien auf ein Minimum. Das Streichkonzert betraf besonders den Kultushaushalt, der zu Zeiten des Kultusministers Huber aufs Doppelte gestiegen und in meiner Amtszeit weiter gewachsen war.

Bei den «Differenzpunktverhandlungen» mit Huber über den Haushalt – die mit Schedl waren ein reines Vergnügen gewesen und mit Sachkompetenz und Verständnis geführt worden – erkannte ich meinen alten Fraktions-Lehrmeister kaum wieder. Nutzte er die Gelegenheit, den in der Öffentlichkeit erfolgreichereren Nachfolger zu demüti-

gen? Ich wehrte mich mit allen Kräften. Hubers Sparpaket kam am Ende nicht in allen Teilen durch. Aber unser persönliches Verhältnis war nach dieser Attacke dauerhaft getrübt. Zugleich standen wir plötzlich im Mittelpunkt der bayerischen Landespolitik – frei nach dem alten Vers: «Der Huber, der Maier und i». Ironisch schrieb die «Mittelbayerische Zeitung» vom 10. Januar 1976 in einem Rückblick auf 1975 über das «Jubelpaar des Jahres»: «Huber und Maier waren das meistdiskutierte Paar im bayerischen Kabinett. Daß sich am Ende der persönlichen Konfrontation zwischen ihnen ein Graben kühler Distanzierung aufgetan hat, tut ihrer Popularität keinen Abbruch.»

Viele erwarteten, dass Goppel nach der dritten Amtsperiode aufhören und einem Jüngeren das Feld überlassen werde. Doch der Ministerpräsident war noch keineswegs amtsmüde. Auch war seine Stellung in der Öffentlichkeit so stark, dass ihn niemand aus dem Amt drängen konnte, am wenigsten Franz Josef Strauß. In der CSU hatte sich eine Art Doppelspitze entwickelt, die viele Erwartungen befriedigte: Strauß der Mächtige, Goppel der Bedächtige, Strauß der heftig Voranstürmende, Goppel der im Hintergrund Sichernde und Bewahrende. Mit dieser Doppelspitze erstarkte die CSU im Land zu ungeahnter, später nie wieder erreichter Kraft. Bei der Landtagswahl 1974 überbot die Partei noch das gute Ergebnis von 1970, sie erhielt 62,1 % der Stimmen – nach einem Wahlkampf, bei dem die Köpfe von Goppel und Strauß einträchtig nebeneinander von den Plakatsäulen leuchteten. Als vier Jahre später Strauß ein um drei Prozentpunkte schwächeres Ergebnis einfuhr, tröstete Theo Waigel, wie er später (am 6. September 2005) im Münchner Presseclub erzählte, den über den vermeintlichen Wankelmut des Volkes Empörten mit dem vielleicht nicht bis zur Neige ernstgemeinten Satz: «1974 habt ihr gemeinsam, Du und Goppel, 62 % erreicht – und jetzt Du allein 59 %: Respekt!»

Gern trat Goppel gemeinsam mit Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Ministern aus vieler Herren Länder auf, mit politischer Prominenz, an der es im Reiseland Bayern nie fehlte. Hier konnte er sich auf die Verfassung stützen – auf den Art. 47, nach dem der Ministerpräsident Bayern «nach außen vertritt». Goppel nahm das – zum Ärger mancher Bundespräsidenten – sehr wörtlich, und so durfte bei Staatsbesuchen in München nach den Nationalhymnen immer auch die Bayernhymne erklingen, und der Ministerpräsident zeigte sich mit seiner Frau neben den ausländischen Staatsgästen in der Königsloge des wie-

deraufgebauten Nationaltheaters stolz dem Publikum. Das Echo in der Bevölkerung war groß und überwiegend positiv. Schaulust, ja öffentlicher Prunk waren dem Verwaltungsmann Goppel nicht fremd, er bejahte sie, er spielte auf diesem Instrument, weil er darin ein Mittel staatlicher Integration sah. «Der Staat muss Staat machen.»

Zur Darstellung nach außen gehörte auch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Ein Verhältnis zu Presse, Funk und Fernsehen zu entwickeln fiel Goppel nicht schwer, seine umgängliche, entspannte, selten polemische, nie aggressive Art fand Anklang. Freilich war dies noch die Zeit der Chef-Essen, der Vier-Augen-Interviews, der vertraulichen Informationen – noch nicht die des raschen Schlagabtauschs in großen Pressekonferenzen, des Wettlaufs um Bilder, der 20-Sekunden-Statements im Fernsehen, der simplifizierenden Wahlkampf-Spots. Goppel gehörte auch zu den ersten Regierungschefs, die – wie Konrad Adenauer – ihren Marktwert in regelmäßigen Abständen demoskopisch überprüfen ließen. Übrigens auch den der Kabinettskollegen: So erhielten Minister und Staatssekretäre von Zeit zu Zeit von ihm ihren Wert an der demoskopischen Börse auf Punkt und Komma schriftlich signalisiert – und reagierten meist verblüfft darauf wie eine Schulklasse bei der Zeugnisausgabe.

Die glücklichen, Goppel begünstigenden Umstände änderten sich jäh, als Franz Josef Strauß 1976 – frustriert durch eine lange Oppositionszeit in Bonn – nun doch, und zwar endgültig, die Liebe zum «schönsten Amt der Welt», dem Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten, entdeckte. Wieder setzte im Kabinett ein «tektonisches Beben» ein – noch stärker als bei Hubers Wiedereintritt ins Kabinett im Jahr 1972. Goppel leistete längere Zeit hinhaltenden Widerstand gegen den Wunsch des Parteivorsitzenden – aber 14 Jahre eigener Regierung waren eine lange Periode, fast eine Rekordzeit, und die öffentliche Meinung stellte sich zumindest nicht einhellig gegen Strauß' Forderung. Als später, am 26. Mai 1977, zwei gewichtige Flügelmänner – Bruno Merk und Ludwig Huber – das Kabinett Goppel IV verließen, um in die Wirtschaft zu gehen, stand Alfons Goppel plötzlich ohne Deckung da.

Von Gustl Lang, dem CSU-Fraktionsvorsitzenden, erfuhr ich manches über die Verhandlungen zwecks Übergabe des Goppelschen «Erbhofs». Sie wurden eigenartigerweise nicht zwischen den beiden Kontrahenten direkt, sondern über den «Vermittler» Lang geführt, einen

listenreichen Oberpfälzer, der eher Goppel als Strauß nahestand (auch Goppel hatte einen oberpfälzischen Stimmkreis). Lang klagte, es sei schwierig, zwischen Menschen zu vermitteln, die eine sehr dezidierte – und in vielen Punkten negative – Meinung voneinander hatten. «Für Strauß hat Goppel kein Verhältnis zur Macht – für Goppel hat Strauß kein Verhältnis zum Recht», sagte er. Schließlich kam ein Übergabemodus zustande. Die Kontinuität im Übergang wurde betont. Ein Teil der Kabinettsmitglieder sollte übernommen werden.

Aber Strauß wollte sichergehen. Bei einem Fraktionstreffen auf der Seiser Alm in Südtirol nahm er sich am 8. Oktober 1976 die potentiellen künftigen Kollegen und Mitarbeiter einzeln vor. Die Sache zog sich hin, bis in den Abend, in die Nacht hinein. Endlich, es war schon 2 Uhr nachts, war ich an der Reihe. Leider war Strauß zu dieser Zeit seiner Sinne nicht mehr mächtig. Er tobte und schrie. Abwechselnd attackierte er mich als «arroganten Professor» – und Marianne, seine Frau, attackierte meine Frau, die sich tapfer wehrte. Ich war schockiert. Es war ein böses Omen. Zeit zum Schlafen blieb keine mehr, denn ich musste am nächsten Morgen in Oberstdorf sein, wo (verspätet) des 100. Geburtstags von Gertrud von le Fort in dem nach ihr benannten Gymnasium gedacht wurde.

Was war geschehen? Auf der Fahrt von Südtirol nach Schwaben in Begleitung meiner Frau mit dem bewährten Fahrer Alois Lechner hatte ich Zeit zum Nachdenken. Natürlich hatten Strauß und ich in den vergangenen Jahren auch Meinungsverschiedenheiten gehabt, natürlich waren wir verschiedene Male aneinandergeraten. Das war fast unvermeidlich, die Reibungsfelder der Kulturpolitik waren ja groß genug – und auch Ludwig Huber war in seiner Zeit als Kultusminister öfter mit Strauß zusammengestoßen.

Verbittert war Strauß, als ich 1974 sein Veto gegen den Kunsthistoriker und Denkmalpfleger Michael Petzet, der neuer Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege werden sollte, nicht beachtete. Petzet war der weitaus Beste unter allen, die in Frage kamen – und dass er als Direktor des Lenbachhauses aus den Diensten der Landeshauptstadt, aus dem «roten München» kam und auch umstrittene Ausstellungen veranstaltet hatte, war für mich kein Grund, ihn nicht zu ernennen.

Beim Streit um die neue Lehrerbildung 1977 hatte sich Strauß fast provozierend auf die Seite Wilhelm Eberts gestellt – und nur mit Hilfe

der CSU-Fraktion konnte ich das Gleichgewicht zwischen den einzelnen Schularten und den verschiedenen Lehrerverbänden wieder herstellen. – Auch über die berufliche Grundbildung wurde gestritten (wieder tauchte der Vorwurf der Verschulung auf!); über die Zukunft der überlieferten, von den bayerischen Königen gegründeten Behindertenanstalten gab es verschiedene Meinungen (konnte man sie nicht durch so etwas wie die «Pfennigparade» ersetzen, fragte Strauß – ich widersprach) – und ebenso brach immer wieder einmal Streit aus über Schulleiterernennungen, über Kunst und Künstler, Theaterspielpläne und Preisverleihungen (wobei ich oft gar keine Eingriffsmöglichkeiten hatte, aber am Ende in Strauß' Augen sogar für Eskapaden des Regietheaters und die in seinen Augen falsche Auswahl eines Preisträgers verantwortlich gemacht wurde).

Das alles war zwar ärgerlich, aber man konnte und musste es aushalten. Wo Politik war, da war auch Streit. Ich sagte zu allen Streitfragen immer offen meine Meinung – und hielt an meinem Grundsatz fest: in kulturpolitischen Fragen lag die Entscheidung bei mir. Ich hatte auch immer wieder erlebt, dass Strauß zurückwich, wenn man ihm hartnäckig widersprach. Einmal hatte er sich sogar bei mir für einen heftigen Angriff nach einiger Zeit entschuldigt: «Entschuldige bitte, es ist aus politischer Leidenschaft geschehen!»

Ende September 1973, beim Parteitag in München, war ich der CSU beigetreten. Niemand hatte mich dazu gedrängt, auch nicht Strauß. Aber mir war längst klar, dass man in einer Parteiendemokratie auf die Dauer nicht in der splendid isolation des Parteilosen verharren konnte: Man musste bei Entscheidungen mit am Tisch sitzen, musste – schon aus Informationsgründen – präsent sein bei den entscheidenden Vorstandssitzungen der Partei am Montagvormittag. Ich ging aufs Ganze: 1974 kandidierte ich für den Parteivorstand der CSU – und gewann. Bis 1979, ja bis 1987 belegte ich bei Vorstandswahlen unter den frei Gewählten stets den ersten Platz – mit nur zwei ehrenvollen Ausnahmen: 1981 drängten mich der hochgeschätzte Stefan Höpfinger, 1985 die gleichfalls hochgeschätzte Ursula Männle auf den zweiten Platz. Nun war ich nicht nur in der Fraktion, sondern auch in der Partei fest verankert. Auf Bitten Theo Waigels, des Vorsitzenden der Grundsatzkommission, wirkte ich auch am Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union mit. Der Abschnitt «Bildung, Wissenschaft, Kultur» trug im Wesentlichen meine Handschrift.

Strauß hatte meinen Parteibeitritt begrüßt, er hatte im Hofbräuhaus mit mir angestoßen. Auch in den folgenden Jahren war ihm – bei allem zeitweiligen Streit – bewusst, dass meine Mitgliedschaft in der CSU nicht nur mir selber Vorteile brachte. Sie stand auch symbolisch für eine Öffnung der Partei zu bisher «Fernstehenden» hin – Wissenschaftlern, Intellektuellen, Künstlern. Diese Öffnung war Strauß wichtig. Er machte sie zu seiner ganz persönlichen Sache. Insofern wusste er, was er an mir hatte. Drastisch sagte er einmal zu Karl Böck, der es mir weiter erzählte: «Wenn Leute wie Maier weg sind, ist die CSU wieder eine Bierdimpfel-Partei.»

Rational betrachtet gab es also viele Dinge, die mich mit FJS verbanden: sein historischer Sinn, seine analytischen Fähigkeiten, seine politische Erfahrung – und psychologisch war mir sogar das Spontane, Heftige, Plötzliche seiner Natur, das «Keltische», wie ich es nannte, nicht gänzlich fremd. Vor allem eine Gabe faszinierte mich an ihm: sein ungewöhnliches, singuläres Redetalent, das von kunstreicher Rhetorik bis zu volkstümlicher Kraft und Derbheit reichte.

Diese Redegabe habe ich immer bewundert, seitdem ich erstmals – beim Streit über die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» im Deutschen Bundestag 1953 – den mir bis dahin unbekanntem Abgeordneten Franz Josef Strauß in Freiburg am Radio reden, argumentieren, polemisieren hörte. Viele Strauß-Reden habe ich später unmittelbar als Ohrenzeuge aus der Nähe gehört. Strauß spielte Ball mit den Worten. Man konnte aus seinen Wortmeldungen ein ganzes Kapitel politischer Rhetorik zusammenstellen. Alles wechselte in rascher Folge: Schlagfertigkeit, Witz, Sarkasmus, Selbstironie – attisches Salz und homerischer Zorn. Sein Sprechtempo war enorm und brachte oft die Parlamentsstenographen in Verwirrung. Alles trug die Farbe des Augenblicks; man konnte es nicht nachmachen. Strauß verstand es, komplizierte Zusammenhänge zu verdeutlichen – durch Bilder, Beispiele, Vergleiche, Parabeln. Selbst spröde und schwierige Materien – Finanzpolitik, Verteidigung, Außenwirtschaftsprobleme – gewannen in seiner Darstellung Leben und Anschaulichkeit. Der Redner Strauß erfreute sein Publikum aber nicht nur durch Bildhaftigkeit und Witz, barocke Deftigkeit und Volksnähe – er mutete ihm auch schwierige Darlegungen, differenzierte Gedankengänge, weit ausholende historische Analysen zu. Der gelehrte Altphilologe ging den Worten auf den Grund. Der Historiker befragte die Geschichte – nicht um aus ihr politische Re-

zepte zu holen, sondern um Klarheit zu gewinnen über die Forderung des Tages.

Das war erstaunlich – und es war selten. Der heutige Parlamentarismus bietet ja nicht mehr den natürlichen Nährboden für große Redner-talente. Auch im Deutschen Bundestag war die Kunst der politischen Rede nicht im Übermaß vorhanden. Ich schrieb später eine Würdigung des Redners Strauß und seiner politischen Rhetorik zu seinem 65. Geburtstag in der von Friedrich Zimmermann herausgegebenen Festschrift «Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß», Stuttgart-Degerloch 1980 – bis heute wohl die einzige ausführliche Analyse seiner Redekunst. Hans Georg Roth half mir beim Sammeln und Sichten der Zitate aus vier Jahrzehnten. Wenn ich Strauß im Originalton reden hörte, war ich nicht nur interessiert und persönlich angetan – ich war auch bereit, ihm vieles zu verzeihen; denn auch mir war – ich wiederhole es – das freie, direkte, ungeschminkte Wort ein Lebenselixier.

Das also war der rationale, der nüchterne, der analytische Strauß. Die meisten, die ihm begegneten, erlebten ihn so. Sie kannten ihn gar nicht anders. Aber es gab eben auch den anderen Strauß. Wehe, wenn plötzlich Emotionen, Wutausbrüche seine Intelligenz überschwemmen, seine Gelassenheit zerstören. Dann konnte sich der hochbegabte Mann in Sekundenschnelle in ein zuckendes Bündel von Wut und Aggressivität verwandeln. Dann konnte seine Ratio für Momente regelrecht aussetzen. Bischof Kunst, der Bevollmächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung, mir wohlbekannt seit Jahren, erzählte eines Tages, wie er Strauß in der Kuba-Krise 1962 in Bonn handlungsunfähig in einem Gebüsch liegen sah. Das habe ihn von einem Moment zum andern aus einem Strauß-Fan zu einem Strauß-Gegner werden lassen. «Ich wusste plötzlich: Dieser Mann darf nicht Bundeskanzler werden.» Ähnliche Urteile über Strauß hörte ich – über die Familie Büchner in Freiburg – auch von Heinrich Krone, der Strauß in den fünfziger Jahren in Bonn aus der Nähe beobachtet hatte. Es war leider wahr: Dem ungewöhnlichen Mann fehlte, um das Höchste in der Politik zu erreichen, nicht die Leidenschaft, nicht die Intelligenz – aber das Maß, die Selbstbeherrschung.

Woran sollte man sich nun halten: an den rationalen, nüchternen Franz Josef Strauß – oder an den unberechenbaren, irrationalen, der plötzlich außer Rand und Band geraten konnte? Die Frage hatte mich

schon am Vortag bewegt, bei der Fraktionstagung in Südtirol, bei einem langen Gespräch mit Bruno Merk. Wir wanderten gemeinsam über die Seiser Alm. Merk ging es damals nicht gut. Er hatte einen Hörsturz erlitten. Er war, wie er mir sagte, eisern entschlossen, nicht in ein Kabinett Strauß einzutreten. Eine Verständigung mit Strauß, eine kollegiale Zusammenarbeit mit ihm könne er sich nicht vorstellen, meinte er. Und er wusste schon, dass auch Ludwig Huber seine politische Laufbahn unter Strauß nicht fortsetzen werde. Seltsam, dass die beiden Rivalen Merk und Huber die Lage nach dem Ende der Ära Goppel ganz ähnlich einschätzten und zu gleichen Schlüssen kamen. Von der CSU-Fraktion wurden sie übrigens am 15. Juni 1977 gemeinsam in einer kleinen Feier verabschiedet.

Ich war jünger, ich war kürzer in der Politik als Merk und Huber – sehr viel kürzer als Goppel. Sollte ich ihnen folgen? Oder sollte ich es, nach acht Jahren guter Zusammenarbeit mit «Don Alfonso», auch mit seinem Nachfolger, dem Bayernherrscher Strauß, versuchen? Ich schwankte, ich wog die Vorteile, die Nachteile ab. Schließlich siegte wiederum – wie schon bei meinem Eintritt in die Politik – die Neugier. Musste man nicht das Experiment Politik, wenn man sich einmal darauf eingelassen hatte, auch zu Ende führen, selbst unter erschwerten Bedingungen? Und war es nicht wichtig, die begonnene kulturpolitische Arbeit auch in der Zeit nach Goppel fortzusetzen und abzuschließen?

Der nächtliche Streit in Südtirol war nicht der letzte Zusammenstoß mit Franz Josef Strauß. Am 19. November 1976 hatte die Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag bei einer Klausurtagung in Wildbad Kreuth mit Mehrheit beschlossen, die traditionelle Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Deutschen Bundestag zu beenden. Stand nun eine Ausdehnung der CSU auf das ganze Bundesgebiet bevor? Einige Gruppen in der Partei, auch Strauß, hofften es, sie hofften auf diese Weise, zu einer Form von Opposition zu kommen, die schlagkräftiger war als die bisherige – nach dem Motto: getrennt marschieren, vereint schlagen.

Die Rechnung war freilich ohne den Wirt gemacht. Denn die CSU im Bund, das bedeutete natürlich auch: die CDU in Bayern. Helmut Kohl als CDU-Vorsitzender hatte in dieser Hinsicht bereits vorgesorgt. Die CDU stand zum «Einmarsch» in Bayern bereit. Wäre sie tatsächlich angetreten, so hätte die CSU wohl ihre absolute Mehrheit im Freistaat

sofort und dauerhaft verloren. Vor diesem drohenden Szenario wich Strauß zurück. Am 12. Dezember, kaum einen Monat nach dem Beschluss, wurde «Kreuth» – der Name hatte inzwischen Symbolcharakter – wieder zurückgenommen.

Ich war von Anfang gegen dieses Unternehmen, das mir gefährlich, ja am Ende selbstmörderisch für die CSU zu sein schien. Man konnte doch mit bloßem Auge sehen, dass eine bayerische CDU in Franken, in Schwaben, sogar in Teilen Altbayerns erhebliche Chancen hatte. Außerdem wusste man aus Erfahrung: Nichts wirkt so zerreißen, nichts hinterlässt so tiefe Wunden wie ein Bruderkampf zwischen Schwesterparteien. Im Landesvorstand argumentierten vor allem die Schwaben Bruno Merk und Anton Jaumann in diesem Sinne – ich schloss mich ihren Bedenken an. Dieter Hanitzsch stellte uns in einer Karikatur in der «Abendzeitung» nebeneinander als Opponenten gegen «Kreuth» dar, die von Strauß mit der Faust «in den Boden gespitzt» wurden; nur unsere Beine und Schuhe ragten noch aus der Erde.

Inzwischen warf schon das Wahljahr 1978 seine Schatten voraus. Nachdem ich acht Jahre Regierungsmitglied war, aber nach wie vor nicht dem «Haus», dem Parlament, angehörte, war es höchste Zeit, dass ich mich um ein Abgeordnetenmandat bemühte. Landrat Hans Zehetmair versuchte mich für Erding zu gewinnen – doch Max Streibl als Bezirksvorsitzender, mir sonst gewogen, winkte ab: Er habe, sagte er, schon zu viel Prominenz in seinem oberbayerischen «Teich». Da ergab sich plötzlich eine Chance in Schwaben. Durch den totalen Rückzug Bruno Merks aus der Politik – er legte auch sein Abgeordnetenmandat nieder – wurde sein Günzburger Stimmkreis für eine Neubesetzung frei. Auf seine Aufforderung hin – Theo Waigel, der Günzburger Landrat Georg Sinnacher und andere schlossen sich an – griff ich zu. Ich wurde gewählt. Fortan war ich politisch «Schwabe» und nahm in der CSU-Fraktion am Tisch der Schwaben Platz.

In Ichenhausen fand ich mit Hilfe des Kreisrats Moritz Schmid, eines verdienten Bauunternehmers, der in der Nazizeit mitgeholfen hatte, die kostbare Dossenberger-Synagoge vor der Zerstörung zu retten, eine Zweitwohnung. Sie lag im Dachgeschoss über dem Kindergarten der Stadt, ganz nahe beim Oberen Schloss, mit weitem Blick ins Günztal. Fast jede Woche war ich nun in meinem Stimmkreis, nahm am Landkreisesgeschehen teil, feierte Feste und Gedenktage mit – zehn Jahre lang. Ich lernte kräftig nach, lernte das «kleine Einmaleins» der Politik, vor

allem jene Dinge, die außerhalb der Schulen, Hochschulen, Künste lagen: Finanzen, Verkehr, Bauwesen, Landwirtschaft. In einem bäuerlich geprägten Stimmkreis musste man für die Diskussionen beim politischen Frühschoppen am Sonntagmorgen auch über die Brüsseler Milchquoten-Regelungen Bescheid wissen. Zum Glück konnte ich in Zweifelsfällen meine Verwandten am Oberrhein fragen – unter ihnen noch immer einige Vollerwerbsbauern mit Erfahrung und kundigem Rat.

Der wöchentliche Wechsel von München, wo unsere Kinder zur Schule gingen, nach Mittelschwaben, wo ein Gutteil der schwäbischen politischen Prominenz wohnte – Theo Waigel, Georg Simnacher, Karl Kling, Hans Berkmüller, Alfred Sauter, Johannes Schropp –, war anstrengend, aber politisch ergiebig und hilfreich. Mit einem Stimmkreis im Rücken konnte ich den Auseinandersetzungen der kommenden Zeit gelassener ins Auge sehen als in der Rolle des «Einzelkämpfers» wie bisher.

Die Landtagswahl kam rasch herbei – mit dem schon erwähnten Ergebnis. Es war vorzüglich, wenn es auch nicht mehr an Goppels Rekordzahlen heranreichte. Franz Josef Strauß wurde zum Bayerischen Ministerpräsidenten gewählt und bildete am 7. November sein erstes Kabinett. Die Rolle war neu für ihn: Er war ja immer Bundespolitiker gewesen, ein Mann der internationalen Politik mit weit ausgreifenden Interessen. Die Jahre der Opposition seit 1969 hatte er dazu benutzt, in vielen Weltreisen fast alle Potentaten dieser Erde persönlich kennenzulernen. Seine Personenkenntnis war stupend, und an Kenntnis der politischen Geographie rund um den Globus kamen ihm nur wenige gleich. Und nun plötzlich Landesvater in Bayern? Ich vergesse nicht die Blicke, mit denen Strauß 1978 die niedere Decke des CSU-Fraktionssaals im Münchner Maximilianeum mit den Augen maß: Das war ihm alles zu klein, zu eng – obgleich er die Landesrolle im Lauf der Zeit mit seiner massigen Gestalt prall ausfüllte. Doch am Ziel seiner Wünsche war er mit dem Ministerpräsidentenamt in München keineswegs.

Zu meinem Erstaunen erhielt ich wenige Tage später meine erneute Berufung zum Kultusminister – zusammen mit einem Brief, in dem ermunternde, mahnende und leise drohende Töne kunstvoll ineinander verwoben waren. Die Dinge nahmen ihren Lauf. Die erste Kabinettsitzung mit Strauß wurde fällig – und sie verlief unerwartet friedlich und gelassen.

Denke ich an die acht Jahre mit Strauß zurück und vergleiche ich sie mit der gleich langen Goppel-Zeit, so fallen deutliche Unterschiede ins Auge. Zum einen änderte sich der persönliche Stil. Während Goppel bei Kabinettsitzungen nicht viel gesprochen hatte und gleich zur Sache gekommen war, um dann den zuständigen Ministern das Wort zu überlassen, leitete Strauß die Sitzungen meist mit längeren Ausführungen zur politischen Lage ein, die sich keineswegs auf die Landespolitik und die Bundespolitik beschränkten. Internationale Politik, strategisch-technologische Fragen, Weltwirtschaftsprobleme, geopolitische Analysen standen im Vordergrund. In die sachlichen Bemerkungen streute der Ministerpräsident Persönliches ein: Erinnerungen und Zitate, Anekdoten und Porträts. Das war meist spannend, oft amüsant, ich habe von diesen Ausführungen – manchmal richtigen kleinen Kollegs – eine Menge gelernt. Aber nach einiger Zeit sah man, wenn man an die lange Tagesordnung dachte, doch besorgt auf die große vier-eckige Uhr in der Mitte des Kabinettschiffs.

Zweitens veränderte sich die Herangehensweise. Hatte Goppel, der Verwaltungsmann, immer eine – schon vorhandene oder neu zu schaffende – Ordnung als Ziel vor Augen, so fehlte eine derartige «staatliche» Perspektive bei Strauß fast gänzlich. An ihre Stelle trat eine leidenschaftliche, hoch engagierte Parteinahme für den einzelnen Bürger – auch und gerade dort, wo dieser mit der Verwaltung im Streit lag. Der Ministerpräsident trat bei Konflikten kaum je als Haupt der Verwaltung auf. Fast immer gab er sich als Ombudsmann der Bürger. Manchmal führte er sogar höchstpersönlich die Opposition gegen die eigene Regierung und Verwaltung an. Ich vermutete, dass sich diese Ombudsmann-Perspektive in den langen Jahren der Opposition in Bonn gebildet hatte, in der sich viele Bürger mit Bitten an den Abgeordneten Strauß gewandt hatten, der im Einzelfall zu helfen versuchte – ohne dass eine Verwaltung die Stichhaltigkeit der Bitten überprüfte und ohne dass der Helfende sich gedrängt fühlte, zu bedenken, welche Präcedenzwirkungen sein Tun für künftige Entscheidungen hatte.

Drittens: Strauß war alles andere als ein Generalist. Seine Welt waren die Einzelfälle. So rückten in den Tagesordnungen seiner Amtszeit die «Anregungen und Informationen» (A + I) – eine schon von Goppel eingeführte Kategorie – immer mehr in den Vordergrund der Kabinettsberatungen. Was ursprünglich als Beigabe und Ergänzung gedacht war, gewann allmählich zentrale Bedeutung. Denn an solchen Einzel-



Der Landesvater: Alfons Goppel 1971 bei der Verleihung des Bayerischen Verdienstordens (in der Mitte der Kapuzinerpater Manfred Hörhammer, Mitbegründer der Pax-Christi-Bewegung)



Ein Hauch von Vergeblichkeit: der Bayernherrscher Franz Josef Strauß

fällen, die ihm in Briefen, Gesprächen, Telefonaten zugetragen wurden – und dem Umgang der Verwaltung mit ihnen – konnte der Ministerpräsident die Ministerien und die Minister, ihr vermeintliches Fehlverhalten, ihren Bürokratismus, kurz ihr Versagen im Kabinett regelrecht «vorführen». Gewohnheit, Tradition, die Sorge um Gleichbehandlung, das Vermeiden von Präcedenzwirkungen – alle die alten ehrwürdigen Grundsätze der bayerischen Verwaltung spielten plötzlich keine Rolle mehr. Wer sich darauf berief, wurde verhöhnt. Nein, ein «Staatsfreund» im Sinne Schillers war Strauß nicht – eher war ihm die in Bayern seit jeher populäre Rolle des «starken Anarchen» auf den Leib geschrieben.

Viertens (und das ergab sich fast zwingend aus Punkt drei): Der Ministerpräsident wollte alles (oder vieles) selber machen. Manchmal vertiefte er sich tatsächlich verblüffend genau und gründlich in die Problemlagen des einzelnen Ressorts – aber auch ohne eine solche Vertiefung wollte er überall unmittelbar und in allen Einzelheiten mitreden. Selbst in interne Abläufe der Ministerien griff er ein. Arbeitsökonomie und Arbeitsteilung waren ihm in dieser Hinsicht ganz fremd. Ich erinnere mich noch, wie er förmlich explodierte, als Wilhelm Vorndran, Staatssekretär der Justiz, ihn einmal vorsichtig daran erinnerte, dass der Chef sich doch unmöglich um alles und jedes kümmern konnte; er zitierte das römische «Minima non curat praetor». Strauß ließ das nicht gelten.

Scherzhaft sagte ich einmal zu ihm – in einem Moment, in dem er ein wenig gelockert und ansprechbar war: «Du kommst mir vor wie ein Dirigent, der nicht nachhaltig probt, übt, wiederholt und korrigiert, sondern der bei Fehlern sofort abklopft und sich auf den Platz des Oboisten (Cellisten, Geigers, Paukenisten) setzt, um ihm zu zeigen, wie man richtig spielt – bis am Ende das ganze Orchester frustriert ist.» Er lachte und schwieg. Ob er geahnt hat, dass die Stärke seines Vorgängers gerade im «Durchdirigieren» – bei Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Orchestergruppen – lag? Goppel usurpierte als «Dirigent» nie den Platz des einzelnen Instrumentalisten. Er vertraute darauf, dass jeder Mitspieler selbst mit der Zeit lernte, Fehler zu vermeiden – nicht weil der Chef es hinterher ahndete, sondern weil die Mitmusiker es schon beim Spielen hörten und kritisch korrigierten.

Am tiefsten schnitt ein fünfter Eingriff in die herkömmliche Verwaltungstradition ein: Unter Strauß ging die Staatskanzlei immer stärker

dazu über, die Ministerien von der Zentrale aus zu steuern, sie oft regelrecht zu gängeln. Der Beamtenapparat der Staatskanzlei wuchs an, die zentralen Organe wurden ausgebaut, die Ressorts wurden immer strenger überwacht, kontrolliert, mit ständigen Auskunft- und Berichtspflichten überzogen. An die Stelle des Austauschs mit den Ressorts trat mehr und mehr ein Einweg-Verkehr. Zunehmend trachtete die Staatskanzlei danach, auch die Verwaltungsspitzen der Ministerien selbst zu bestimmen – und damit interne Aufstiegswege der Ämter zu blockieren. Das alles trug keineswegs zu einem gesteigerten Eifer in der Gesamtverwaltung bei, ganz im Gegenteil: es erzeugte vielmehr einen Defensivgeist, der zur Verlangsamung, zur Abnahme der Risikobereitschaft, im schlimmsten Fall zum Stillstand führte. Man ging auf Nummer sicher; die Devise lautete anfangs: «Nur nichts falsch machen!» und hieß am Ende: «Keine Bewegung bitte!» Unter den Argusaugen der zentralen Aufsicht erstarrten viele Initiativen, die unter normalen Umständen von risikobereiten, unternehmungslustigen Einzelnen – und die gab es in der qualifizierten bayerischen Verwaltung zuhauf – ausgingen.

Heute wundere ich mich nicht mehr, dass die drei Kabinette Strauß – aufs Ganze gesehen – im Land weit weniger bewegt haben als die vier Kabinette Goppel. Der Main-Donau-Kanal blieb Fragment, zumindest zu Lebzeiten von Strauß; die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf wurde später wieder aufgegeben. Nur der Flughafen München und die Deutsche Airbus GmbH kamen voran. Es lag nicht nur an der kürzeren Dauer der Ära Strauß, es fehlte in dieser Zeit vor allem die Gelassenheit, die Offenheit für Initiativen, die von außen kamen, die kollegiale Ermunterung und Motivation, die Goppels Stärken gewesen waren.

Das «System Strauß» – das ich hier ein wenig typisierend schildere – bildete sich freilich erst allmählich heraus. Erst einmal musste sich sein Urheber in die Einzelheiten der Landespolitik einarbeiten, die ihm bisher eher fernegelegen hatten. Das brauchte Zeit. Außerdem war die CSU-Fraktion in der Zeit des Kabinetts Strauß I noch keineswegs «auf Linie» gebracht worden: Unter Gustl Lang bildete sie eher ein Gegengewicht zur Staatsregierung und ihren immer stärker zentralisierenden Tendenzen. Eigendynamik entwickelte das «System Strauß» erst, als es, gestützt auf folgsame, vom Parteivorsitzenden selbst ausgewählte Mitstreiter, «selbsttragend» zu funktionieren begann – und das berei-

tete sich vor in der Zeit, in der Edmund Stoiber als Generalsekretär amtierte (ab 1978), und wurde definitiv, als Gerold Tandler den Fraktionsvorsitz übernahm (1982).

Trotz alledem: Man konnte politisch auch unter widrigen Umständen einiges erreichen, wenn man Strauß' historischen Nerv traf. Diese Erfahrung machte ich gleich zu Anfang seiner Regierungszeit. Für seine Regierungserklärung hatte FJS von den Ministerien Vorschläge erbeten. Ich schlug nur einen einzigen Punkt vor: die Wiederherstellung des von König Max II. geschaffenen Maximiliansordens. Das Echo bei den anderen Ministerien war verhalten, eher ablehnend; selbst das eigene Haus reagierte nur lau. Aber Strauß griff meinen Vorschlag in der einschlägigen Kabinettsitzung engagiert auf – und so trat der Maximiliansorden, der seit der Zeit des Nationalsozialismus praktisch nicht mehr existierte, 1980 erneut ins Leben. Es war ein Stück bayerischer Eigenstaatlichkeit, ein kulturelles Gegenstück zum friderizianischen Orden *Pour le mérite*. Auch dass das Historische Kolleg in München – 1980 von Stiftungen gegründet – in der Kaulbach-Villa seinen endgültigen Platz fand, ging auf meine Initiative zurück – und auch hier fand ich, als es um die Wiederherstellung des historischen Baus ging, sofort den Zuspruch von Franz Josef Strauß. Ohne seine Hilfe wäre es kaum gelungen, den Widerstand des Finanzministeriums zu überwinden, das andere Verwendungen im Auge hatte.

In all diesen Jahren legte sich die Bundespolitik immer wieder als mächtiger Schatten über die bayerische Landespolitik. Als CSU-Vorsitzender, als Gegner von Willy Brandt und Helmut Schmidt, als Rivale des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl war Franz Josef Strauß in das Bonner Tun und Treiben Tag für Tag involviert – ganz anders als der «Landesvater» Goppel, der sich im Großen und Ganzen bei seiner Politik mit dem bayerischen Revier begnügt hatte.

Im Oktober 1980 bot sich für Strauß, der inzwischen das 65. Lebensjahr erreicht hatte, die Chance der Kanzlerschaft in Bonn. Am 2. Juli 1979 hatten ihn die CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten in einer (Probe)-Abstimmung gegen den von Helmut Kohl favorisierten niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht als Kanzlerkandidaten auf den Schild erhoben. Die SPD – und besonders die FDP – freuten sich über diese Kandidatur. Strauß' bullige Gestalt bot beiden Parteien ein dankbares Gegenüber, ein attraktives Feindbild. Gegen den unruhigen Bayern, der mühelos die Pfeile der Kritik auf sich zog, war leichter

zu streiten als gegen den minder polarisierenden, vorsichtiger argumentierenden Pfälzer Helmut Kohl.

Der Wahlkampf wurde eine Schlammschlacht. Verwiesen die einen auf die Gefahren des Linksterrorismus, der Deutschland in den siebziger Jahren erschüttert hatte, so malten Schmidt und Genscher die Gefahren der «Alleinherrschaft» einer Partei – oder eines einzigen Mannes – an die Wand. Am Ende reichten die Wählerstimmen für Strauß nicht aus. Die Regierung Schmidt/Genscher wurde bestätigt. Freilich nicht für lange Zeit: Nach kaum zwei Jahren, im September 1982, brach die sozialliberale Koalition auseinander, und Helmut Kohl wurde zum neuen Bundeskanzler gewählt.

Ich hatte bereits 1976 zu Kohls Wahlkampf-Mannschaft gehört – als künftiger Minister für Bildung und Wissenschaft im Falle eines Wahlsiegs. 1980 war ich in der gleichen Eigenschaft Mitglied in Strauß' Schattenkabinett. Aus dem Wahlkampf habe ich einen ungewöhnlich frostigen, unlustigen, unfreundlichen Strauß in Erinnerung. In öffentlichen Kundgebungen, auf Pressekonferenzen überspielte er seine Unlust zwar; aber bei internen Besprechungen der «Mannschaft» trat sie offen zu Tage – so sehr, dass manchmal sogar die Treuesten der Treuen unter den CDU-Schattenministern – Gerhard Stoltenberg und Manfred Wörner – völlig ratlos waren. Er grollte, er schrie, er verließ plötzlich die Sitzung, er beschimpfte die CDU-Kollegen wegen ihrer «Weichheit» und «Nachgiebigkeit». Hatte Strauß am Ende gar keine Lust, nach Bonn zu gehen? Oder sah er als Realist die unvermeidliche Niederlage voraus – und die anschließende Schwächung seiner Position im Bund und in der Union?

Schon damals beherrschte der Gegensatz Kohl-Strauß alle Abläufe in der Unionspolitik; bei jedem Gespräch in München wie in Bonn stieß man auf die Spuren dieser kaum je öffentlich erklärten Fehde; es war ganz unmöglich auszuweichen, man wurde in den Streit hineingezogen. Ich kannte Kohl seit den sechziger Jahren. Schon bevor ich in die Politik ging, war er in meinem Münchner Seminar als Referent zu Gast gewesen.

In Deidesheim, bei den legendären abendlichen Treffen mit Saumagen, Pfälzer Wein und anschließenden nächtlichen Gesprächen, hatte ich ihn mehrfach viele Stunden aus der Nähe beobachten können, in einem Kreis, dem verschiedene «Granden» aus Politik und Publizistik – Eugen Gerstenmaier, Richard von Weizsäcker, Gerhard Stolten-

berg, Bernhard Vogel, Günter Gaus, Ludolf Hermann – angehörten. Kohl hatte mich bereits in meiner Bildungsrats-Zeit in seinen Deidesheimer Kreis eingeladen, nachdem er sich mit dem damaligen bayerischen Kultusminister Huber, der gleichfalls kurze Zeit zu Gast gewesen war, zerstritten hatte – es waren die üblichen Reibungen zwischen CDU und CSU. Der Kohl von damals, groß, schlank, mit katzenhaftem Gang, verfügte, wie ich staunend feststellte, über eine unerschöpfliche physische Ausdauer und eine stets gegenwärtige subtile Kenntnis aller Einzelheiten der deutschen und internationalen Politik; einmal verblüffte er nach Mitternacht den Kreis, indem er eine wichtige UNO-Resolution zum Nahen Osten wörtlich aus dem Gedächtnis zitierte. Er brachte es auch fertig, frühmorgens vor den Zimmern der längst zu Bett gegangenen norddeutschen CDU-Prominenz mit seinen verbliebenen Mainzer Getreuen fröhlich-provozierend die «Internationale» zu singen.

Kohl betrieb Politik wie ein Geländespiel – mit bubenhaftem Vergnügen, mit diebischer Freude, wenn ein Streich gelang. Er vertraute auf seine Jugend. Als Strauß ihn in den siebziger Jahren mehrfach ungerecht und unflätig angriff, reagierte er gelassen. Zu Vertrauten sagte er mit leisem Zynismus (sonst bei ihm nicht üblich), das Problem Strauß werde sich eines Tages biologisch ganz von selbst erledigen.

Als dann Strauß in den achtziger Jahren seine Abneigung zügeln und ein wenigstens geschäftsmäßiges Verhältnis zu Kohl entwickeln musste – die Rede von der «Männerfreundschaft» kam auf, man traf sich zu gemeinsamen Spaziergängen in der Eifel und anderswo –, da kommentierte Kohl das aktuelle Befinden des früheren Radsportlers und späteren aktiven Fliegers Strauß mir gegenüber unbarmherzig mit den Worten: «Der Strauß? Ein ganz schwacher Läufer!» Kohl konnte warten. Er war jünger und verfügte als unverdrossener Parteiarbeiter über die stärkere, wenn auch minder geschlossene Truppe – und er verfolgte seine Ziele mit einer Gleichmäßigkeit und Ausdauer, die dem genialischen, aber sprunghaften Älteren fremd war. (Lange Zeit, ehe sich das «System Strauß» endgültig etablierte und verfestigte, ging in der bayerischen Verwaltung der Spruch um: «Kontinuität hält der nicht aus.»)

So blieb Strauß bis zuletzt in München, immer wieder sarkastisch das Zeitgeschehen glossierend, manchmal grimmig an seinen Ketten rüttelnd – und unberechenbar die Kreise der Regierung Kohl/Genscher

störend. Er hatte in der deutschen Nachkriegspolitik vieles, aber nicht alles erreicht – nicht das, was er sich vorgenommen hatte. Strauß blieb bis zum Ende das, was Kohl relativ früh hinter sich gelassen hatte: ein Landesfürst. Was wäre wohl geschehen, «wäre er hinaufgelangt», hätte er den Weg in die Spitze der Bundespolitik gefunden, wie er es zeit- lebens erstrebte? Das bleibt Gegenstand von Spekulationen. Ein Hauch von Vergeblichkeit umgibt diesen hochbegabten, vitalen, vor Energie fast berstenden Mann, der mir immer als eine urbayerische Figur erschienen ist und dem doch eines ganz fremd war: die große bayerische Ruhe.

Die letzten Jahre, die ich mit ihm erlebte, von 1982 bis 1986, im Kabinett Strauß II, waren schwierig, oft quälend. Politisch gelang ihm nicht mehr alles so wie früher. Sprunghafte Manöver wie die Vermittlung eines Milliardenkredits an die DDR 1983 stießen auch innerparteilich zunehmend auf Kritik. Ein Schicksalsschlag traf ihn tief: der Tod seiner Frau bei einem Autounfall bei Kreuth am 22. Juni 1984.

Zunehmend schirmte er sich ab gegen kritische Stimmen. Er wurde noch empfindlicher, als er schon früher gewesen war. Schon im Bonn der fünfziger Jahre hatte man Adenauer den «dünnen Dickhäuter», Strauß dagegen den «dicken Dünnhäuter» genannt. Unser persönliches Verhältnis wurde schwierig. Allmählich, das spürte ich, ging auch der Rest der Narrenfreiheit verloren, den ich in guten Zeiten immer bei ihm hatte. Der Mann war ein Denkmal geworden, das man nicht mehr anrühren durfte. Das hatte ich schon früher gemerkt: Als ich es 1981 wagte, einen Artikel im «Bayernkurier» zu kritisieren, in dem einer anderen Zeitung, dem «Münchner Merkur», wegen abweichender Meinungen offen gedroht wurde, nahm Strauß' Umgebung das als einen Angriff auf den «Großen Vorsitzenden» selbst. Man zweifelte ernstlich an meinem Verstand. «Bist du eigentlich noch ganz dicht?», sagte einer, der mir sonst durchaus wohlgesinnt war. «Weißt du nicht, wo die Glocken hängen? Weißt du nicht, wo Gott wohnt?»

Aber bevor ich von diesen letzten Zuspitzungen erzähle, die dann schließlich zum Ende meiner politischen Laufbahn führten, muss ich noch von etwas anderem berichten, nämlich vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Ihm gehörte ich bereits seit 1969 als Mitglied an. 1976 – im Jahr der Zusammenstöße mit Strauß auf der Seiser Alm und wegen Kreuth – wurde ich zum Präsidenten gewählt. Vorher war Bernhard Vogel als rheinland-pfälzischer Kultusminister Präsident ge-

wesen. Als neuer Regierungschef in Mainz und Nachfolger Helmut Kohls konnte er das Amt nicht weiterführen. Zwölf Jahre lang war ich Präsident des ZdK und vertrat damit die größte Organisation der katholischen Laien in der Bundesrepublik.

Fünf Katholikentagen stand ich vor – Freiburg, Berlin, Düsseldorf, München, Aachen. Das «Katholikenzeugl» – so Strauß' verdrossenbrummiger Ausdruck für mein Amt – lag dem Ministerpräsidenten kräftig im Magen, ich erfuhr es bald. Er konnte mit dem «Sprecher der deutschen Katholiken» (Otto B. Roegele) nicht einfach so umspringen wie mit anderen Kabinettsmitgliedern. Er musste Rücksicht nehmen. War es am Ende vielleicht sogar nützlicher für ihn, mich drinnen, in der Kabinettsdisziplin, zu haben als draußen im «Freigelände», wo der eigene Einfluss endete?

[...]